

# Pressemitteilung des Kreisverbandes der Piratenpartei Göttingen

08.09.2015

## Piraten: Einsatz gegen PKK-Transparent ist ein Angriff auf die Meinungsfreiheit

Die Göttinger Piraten kritisieren den am Dienstag 8. September erfolgten Einsatz der polizeilichen Beweissicherungseinheit BFE gegen ein Transparent und Plakate an einem Haus in der Roten Straße aufs schärfste. Die Piraten sehen in dem Polizeieinsatz einen schweren Angriff auf das grundgesetzlich garantierte Recht auf freie Meinungsäußerung.

Die BewohnerInnen des Hauses hatten auf ihrem Transparent durch die Aussage "Weg mit dem Verbot der PKK" zum Ausdruck gebracht, dass sie für eine Aufhebung des Verbots der PKK plädierten. Das Zeigen der Symbole stand in diesem Zusammenhang. Es muss möglich sein, diese Meinung zu äußern, sowohl im Wort als auch im Bild, ohne dafür Strafverfahren zu riskieren.

»Die Demokratie muss es aushalten können, dass Bürger sich kritisch mit der Außenpolitik des eigenen Landes auseinandersetzen und Korrekturen einfordern«, so der Kreisvorsitzende der Piraten Niels-Arne Münch. »Der Forderung, das PKK-Verbot aufzuheben, möchte ich mich auch ausdrücklich anschließen.«

Durch die Entwicklung der letzten Jahre ist das Verbot der PKK in die Diskussion gekommen. Eine Neueinordnung der Organisation wird bis in Berliner Koalitionskreise diskutiert. So fordert etwa Volker Kauder als Generalsekretär der CDU die Unterstützung der PKK gegen den IS. Auch die Partei Die Linke fordert, das Verbot aufzuheben.

Piratenpartei Deutschland Kreisverband Göttingen

- Der Vorstand -

i. A. Niels-Arne Münch, Dr. Francisco Welter-Schultes

[vorstand@piratenpartei-goettingen.de](mailto:vorstand@piratenpartei-goettingen.de)

